

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Klimaschutz und Energie (25. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/3486 –**

Bürgern und Unternehmen eine energiepolitische Perspektive geben – Preise unter Kontrolle bringen – Insolvenzwelle verhindern

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, Maßnahmen zu ergreifen, um den Verbrauchern zielgerichtete Entlastungen bei den Energiepreisen zukommen zu lassen und für die Wirtschaft einen wirkungsvollen Rettungsschirm aufzuspannen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.

C. Alternativen

Wurden nicht erörtert.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/3486 abzulehnen.

Berlin, den 9. November 2022

Der Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Dr. Hans-Peter Friedrich
Vorsitzender

Michael Kruse
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Michael Kruse

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/3486** wurde in der 55. Sitzung des Deutschen Bundestages am 23. September 2022 an den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Federführung sowie dem Finanzausschuss, dem Haushaltsausschuss, dem Wirtschaftsausschuss, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz sowie dem Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen zur Mitberatung überwiesen.

Der Antrag auf **Drucksache 20/3486** wurde in der 59. Sitzung des Deutschen Bundestages am 12. Oktober 2022 nachträglich dem Rechtsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag auf Drucksache 20/3486 stellende Fraktion schickt unter anderem voraus, Deutschland brauche gegen die hohen Energiepreise eine energiepolitische Vernunft, Verbraucher zielgerichtete Entlastungen und unsere Wirtschaft einen wirkungsvollen Rettungsschirm. Arbeitnehmer und Unternehmer erwarteten jetzt zu Recht von der Bundesregierung den Mut zu Entscheidungen – für bezahlbare Energie und sichere Arbeit.

Aus diesen und weiteren Erwägungen heraus fordert die Fraktion die Bundesregierung auf:

1. die Verordnung der Bundesregierung nach § 26 EnSiG über einen finanziellen Ausgleich durch eine saldierte Preisanpassung („Gasumlage“) mit sofortiger Wirkung aufzuheben;
2. eine Preisbremse für Unternehmen und Betriebe einzusetzen und das Strommarktdesign so zu korrigieren, dass krisenbedingte Preisverzerrungen ausgeschlossen werden. Das Prinzip heißt: Merit Order erhalten und den Strompreistreiber Gas aus dem Preissystem entfernen und den Großhandelspreis für Gas deckeln;
3. einen Bürger-Basispreis einzuführen, der die Grundversorgung mit Gas bezahlbar hält und zugleich Anreize zum Energiesparen setzt. In diesem Zusammenhang ist auch zu klären, wie Energiesparanreize bei Empfängern von Hartz-IV-Leistungen gesetzt werden können. Haushalte im unteren Einkommensdrittel sollten mit einer 1.000-Euro-Energiepauschale unterstützt werden;
4. die Mittel aus dem EEG-Konto zur Entlastung der Stromkosten einzusetzen, die Netzentgelte für 2023 vollständig auszusetzen und die Stromsteuer auf den EU-Mindestsatz zu senken;
5. endlich eine wirkungsvolle finanzielle Unterstützung auch für kleine und mittlere Unternehmen sicherzustellen, die durch die hohen Energiekosten in besonderer Weise belastet sind, u. a. durch Einführung eines Industriestrompreises. Zusätzlich sind die Voraussetzungen für eine rasche und unbürokratische Auszahlung von Unternehmenshilfen zu schaffen;
6. für die kommunalen Energieversorger Unterstützungsmaßnahmen zu ergreifen wie Bürgschaftserklärungen des Bundes im Rahmen des außerbörslichen Energiehandels und einen Rettungsschirm für in Not geratene Unternehmen;
7. zur Abwendung des drohenden Energienotstands für den befristeten Weiterbetrieb der noch im Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in der Krise zu sorgen und zur kurzfristigen Nutzung der Potenziale nachhaltiger Bioenergie den Verhinderungs-Deckel im Baugesetzbuch temporär aufzuheben sowie mehr Kohlekraftwerke aus den Reserven an den Strommarkt zu holen;
8. die von der Bundesregierung angekündigte Förderung von Investitionen in Effizienz- und Substitutionsmaßnahmen schnell umzusetzen und notwendige Genehmigungsprozesse zu beschleunigen;

9. die Gasspeicher, die aktuell in russischer Beteiligung sind, in staatliche Verantwortung zu übernehmen, um Deutschland bei kritischer Infrastruktur in der Energieversorgung strategisch unabhängig zu machen. Zudem ist künftig der Verkauf von Gasspeichern an ausländische Investoren zu untersagen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/3486 in seiner 29. Sitzung am 9. November 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/3486 in seiner 33. Sitzung am 9. November 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/3486 in seiner 33. Sitzung am 9. November 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/3486 in seiner 26. Sitzung am 9. November 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 20/3486 in seiner 31. Sitzung am 9. November 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 20/3486 in seiner 23. Sitzung am 9. November 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat den Antrag auf Drucksache 20/3486 in seiner 24. Sitzung am 9. November 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Klimaschutz und Energie hat den Antrag auf Drucksache 20/3486 in seiner 38. Sitzung am 9. November 2022 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/3486 zu empfehlen.

Berlin, den 9. November 2022

Michael Kruse
Berichtersteller